

## Gut gemeint, doch der falsche Weg zum Ziel

*Im Fokus der Woche zur aktuellen Abstimmung haben wir die beiden Initiativen vorgestellt. Vor allem die Konzernverantwortungsinitiative sorgt für viel Diskussionen. Nun stellen wir von jeder Seite einen Gastkommentar zur Verfügung. Dieser Teil hier zeigt die Sicht der Gegner der Initiative, sie sagen bei der Abstimmung Nein zur Konzernverantwortungsinitiative. Gastkommentar von Jacqueline Theiler, Präsidentin der FDP Kanton Luzern.*

Die Initianten der Konzernverantwortungsinitiative wollen Menschen in Entwicklungsländern besser schützen. Dieses Ziel unterstütze ich voll und ganz. Aber der Weg, den die Initianten beschreiten führt nicht zum Ziel. Sie wollen mit ihrer Initiative nicht nur die Unternehmen, sondern auch alle Tochterfirmen zur Verantwortung ziehen. Das geht meines Erachtens zu weit.

## Regeln für die Haftung gehen zu weit

Wenn ich in meiner Wohnung Schäden verursache, die über die normale Abnutzung hinaus gehen, bin ich dafür haftbar, das heisst ich muss dafür bezahlen. Das gleiche gilt für Schäden, die von Schweizer Unternehmen verursacht werden: Sie müssen für den Schaden bezahlen – auch in Ländern ausserhalb der Schweiz, in sogenannten Entwicklungsländern. Ich unterstütze die Forderung, dass Schweizer Firmen Menschenrechte und Umweltvorschriften auch im Ausland einhalten. Doch die Initiative geht zu weit.

Unsere Unternehmungen stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Kein anderes Land kennt so weitgehende Regeln für die Haftung von Schäden. Die Umsetzung der Initiative würde zu einem unverhältnismässigen Prüfaufwand und Prozessrisiko führen. Wenn die Initiative angenommen wird, müssen die Unternehmen nämlich nachweisen können, dass sie ihre Geschäftspartner lückenlos überwacht haben. Das ist schlichtweg unmöglich. Das Risiko ist, dass wichtige Unternehmen für die Schweizer Wirtschaft, die Schweiz verlassen. Unser Wirtschaftsstandort würde geschwächt und Arbeitsplätze wären gefährdet.

## Ungewollte Wirkung für Entwicklungsländer

Der Einsatz der Schweizer Unternehmungen zur erfolgreichen Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern ist unbestritten und wird vor Ort sehr geschätzt. Es mag einige Ausnahmen geben, aber die überwiegende Zahl unserer Firmen verhält sich verantwortungsvoll und hält sich an die Regeln. Die Initiative verlangt jedoch zu viel von den Unternehmen. Das Haftungsrisiko wäre dann zu hoch. Warum? Die Initiative will, dass alle Unternehmen auch sämtliche Lieferanten und Tochterfirmen kontrollieren. Stell dir vor du wärst Inhaberin oder Inhaber einer grossen Firma mit mehr als 10'000 Mitarbeitenden. Du musst die Arbeit von ihnen kontrollieren. Aber nicht nur das. Du musst auch die Arbeit von allen kontrollieren, die extern mit der Firma zu tun haben. Also allen Partner-Firmen. Macht jemand einen Fehler, dann bist du verantwortlich dafür und musst den Schaden bezahlen. Diese grosse Verantwortung könnte dazu führen, dass Unternehmungen ihre Geschäftstätigkeit in Entwicklungsländern einschränken und diesen entsprechend schaden würden. Die Entwicklungsländer verlieren an Arbeitsstellen in deiner Firma und können so nicht weiter finanziell unterstützt werden. Das müssen wir verhindern.

## Gegenvorschlag – der richtige Weg

Die Initiative hat aufs Gaspedal gedrückt und so die Lösung des Problems beschleunigt. Aber der Weg der Initianten führt am Ziel vorbei. Ein Alleingang der Schweiz löst das Problem nicht und würde unseren Wirtschaftsstandort schwächen. Eine Schwächung führt dann auch bei uns zu weniger Arbeitsplätzen und mehr Arbeitslosigkeit. Weil Nationalrat und Ständerat

## Fokus der Woche: Gastkommentar–Contra

das Grundanliegen unterstützen, haben sie einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Er basiert auf den bestehenden Haftungsregeln, wonach jedes Unternehmen für eigene Schäden selber haftbar ist – und zwar nach den Regeln des jeweiligen Landes. Der Gegenvorschlag verpflichtet Schweizer Firmen zu einer ausführlichen Berichterstattung ihrer Aktivitäten und deren Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt. Bei Zuwiderhandlungen sind Bussen bis 100'000 Franken ausgesetzt. Der Gegenvorschlag tritt nach Ablehnung der Initiative in Kraft.